´s schMaNkerl

>> September 2013

Tschapullieren

Der Kampf um den öffentlichen Raum in der Türkei

Miete, Eigentum – Klasse

Die Mieten sind immer zu hoch!

Die große Barrikade am Praterstern

Die 1848er Revolution in Wien

Griechenland

Ist eine Regierungsbeteiligung von Chrysi Avgi möglich?

Wo sind all die Buskers hin

Vertreibung von Straßenkünstler_innen in Wien

Schwarze Sulm verteidigen

Protest vor dem Umweltministerium

http://schmankerl.noblogs.org schmankerl@riseup.net

Tschapullieren oder der Kampf um den öffentlichen Raum in der Türkei

In den Sommermonaten kam es in verschiedenen Städten der Türkei zu riesigen übergreifenden Demonstrationen gegen staatliche Bauvorhaben. U.a. ging es in Istanbul zunächst um die Verhinderung eines geplanten Einkaufszentrums, welches in Taksim im Gezi Park errichtet werden sollte, und in Ankara um den Bau einer Bundesstraße. Das Interessante an den Protesten war, dass sich sehr unterschiedliche Fraktionen daran beteiligten, um ihren Unmut über die geplante Vereinnahmung von öffentlichem Raum zu zeigen.

Der Ministerpräsident Recep Tayip Erdogan beschimpfte die Demonstrierenden als „Capulculer“ (das bedeutet in etwa „Bandit_innen“). Seitdem verteidigen jene gern das Recht aufs Tschapullieren, was so viel meint wie den Einsatz für die Rechte aller. Die Demonstrationen wurden brutal von Sondereinheiten der türkischen Polizei niedergeschlagen. Obgleich seit Ende Mai sich täglich Menschenmassen auf den Straßen versammelten und sich auch international in den verschiedensten europäischen Städten Solidaritätsdemonstrationen beteiligten, konnte der Aufstand nach ca. 6 Wochen nur niedergeschlagen werden, indem gerichtliche Zugeständnisse an die Bewegung gemacht wurden und ein Baustopp für die geplante Einlaufsmall ausgesprochen wurde. Die Polizei setzte vielfach Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse ein. 5 Menschen kamen bei den polizeilichen Ausschreitungen ums Leben, es gab über 8.000 Verletzte und zahlreiche Menschen wurden inhaftiert. Um die Wut der Massen zu verstehen, ist ein kurzer historischer Rückblick notwendig.

Die AKP-Regierung unter Erdogan ist seit 2002 an der Macht und hat seit dieser Zeit gewaltige Infrastrukturprojekte in Auftrag gegeben. Das Wirtschaftswachstum der Türkei hing eng mit aggressiven Bausprojekten zusammen. Während in ländlichen Regionen der Türkei tausende von kleinen und großen Staudammlagen errichtet wurden, zielten Megainvestitionen in städtischen Gebieten darauf ab, neue bewachte Luxuswohnviertel („gated communities“) oder riesige Shoppingmalls zu errichten. Die Einkommensunterschiede entwickeln sich immer aggressiver auseinander.

Gentrifizierung in Tarlabasi

Istanbul wurde in den letzten Jahren zu einer Megabaustelle und immer mehr öffentlicher Raum wurde privatisiert. So liegt beispielsweise einige hundert Meter unterhalb des Geziparks in Richtung Goldenes Horn Tarlabasi (zum Stadtteil Beyoglu gehörend), wo

insbesondere nichtmuslimische und migrantische Teile der Bevölkerung leben. Ende der 80er Jahre wurden bereits in Tarlabasi 350 denkmalgeschützte Gebäude abgerissen, um eine Stadtautobahn zu errichten. Nach der Errichtung lebten im noch übrig gebliebenen Stadtviertel vor allem ärmere Menschen. Ab 2005 beschloss die AKP ein „Stadterneuerungsgesetz“, welches beinhaltet, dass die Vollziehung von Zwangsenteignungen gegen Menschen, die sich gegen die Sanierungsprojekte zur Wehr setzen, rasch durchgesetzt werden können. Um die Verfahren der Enteignung zu beschleunigen, wurde eine staatliche Behörde mit dem Namen „Toki“ als Immobilienverwalter und Bauträger eingerichtet. 2006 wurden 278 Häuser (210 davon standen unter Denkmalschutz) in Tarlabasi konfisziert. Toki schloss einen Partnervertrag mit dem Bauunternehmen GAP ab, welches zur Calik Holding gehört, an dessen Spitze der Schwiegersohn von Erdogan steht. Das Ziel ist der Bau eines Luxusviertels mit Wohnhäusern, Büros und Geschäftsflächen und touristischen Angeboten für reiche Leute. Die dort lebenden Menschen werden brutal zwangsgeräumt und obdachlos gemacht oder in das 40 km abgelegene Toki-Betonghetto umgesiedelt. Einige wenige, die bleiben wollen, finden sich in verkleinerten Wohnungen mit schwindelerregenden Hypotheken wieder.

Die Heilung der vergifteten Prinzessin

Auf den Bauzäunen von Tarlabasi wurde von Seiten der Behörde angekündigt, es gehe darum, die „vergiftete Prinzessin zu heilen“. Tja, gemeint war damit, dass Tarlabasi als Prinzessin ohne arme Leute geheilt wäre. Dieses menschenverachtende, nur profitorientierte Konzept als Selbstdarstellung eines Stadterneuerungsprojekt ist schon sehr befremdend, aber wahrscheinlich symptomatisch für viele Projekte. Immer wieder geht es darum,. ärmere Bevölkerungsschichten aus attraktiven Wohngegenden zu vertreiben. Sei es, dass es schleichend passiert, weil die Mieten nicht mehr leistbar sind oder indem staatliche Zwangsräumungen erfolgen, um ärmere Menschen zu vertreiben. Eine Folge der Gezi-Park Bewegung war, dass die Bauzäune von Tarlabasi niedergerissen und abgefackelt wurden. Die Wut der Bevölkerung geht aber weiter, denn die Kaufkraft der Löhne ist in den letzten 10 Jahren allein um ca. 16% gesunken, nicht von ungefähr beteiligten sich an der Bewegung auch die Mitglieder der 2 größten Arbeiter_innengewerkschaften.

Miete, Eigentum – Klasse?

Was ist eigentlich das Problem mit der Miete? Irgendwie haben wir uns ja doch damit abgefunden, dass wir monatlich dafür zahlen müssen, ein Dach über dem Kopf zu haben. Warum sollten uns die Eigentümer_innen der Wohnung auch umsonst wohnen lassen?

Die Wohnung gehört ja schließlich ihnen, so steht es im Grundbuch, und auch wenn sie vielleicht noch nie einen Fuß über die Türschwelle gesetzt haben, auch wenn wir vielleicht seit Jahrzehnten Miete zahlen und sie das Haus gerade erst gekauft haben, wenn wir nicht pünktlich zahlen und sie uns herauswerfen wollen, dann hilft der Staat ihnen und nicht uns, ganz kostenlos und notfalls mit Gewalt. Sie haben das Recht auf ihrer Seite. Aber ist das Eigentum damit auch legitim?

Nun ist es offensichtlich, dass zwar die meisten Menschen Miete zahlen müssen, jedenfalls in der Stadt, aber dass es auch Menschen gibt, die das nicht zu tun brauchen. Nicht nur, dass sie sich ihre eigene Wohnung, oder sogar mehrere kaufen können. Manchen gehören dann eben auch noch Wohnungen, in denen andere wohnen, vielleicht nicht nur einige, sondern auch viele. Ganze Häuser, oft gleich mehrere. Manchmal sind es, privat oder über Firmen, zusammengerechnet ganze Kleinstädte. Sie haben sie eben gekauft, es ist also nur legitim, dass sie Miete kassieren. Oder?

Da könnte mensch sich ja schon fragen, wo denn das ganze Geld herkommt. Haben diese Leute wirklich so viel gearbeitet, waren sie so fleißig, so produktiv, dass sie nun einfach die Früchte ernten, die ihnen zustehen?

Das Verhältnis zwischen jenen, die Miete zahlen, und jenen, die sie kassieren, lässt sich nur gänzlich verstehen, wenn mensch von der persönlichen Perspektive weggeht und sich die Prozesse auf gesellschaftlicher Ebene anschaut.

Die grundlegende Bruchlinie in dieser Gesellschaft verläuft zwischen jenen, die immer in Abhängigkeit von anderen ihre Arbeitszeit verkaufen müssen, um sich ein Überleben zu sichern, und jenen, die hauptsächlich von der Arbeit anderer leben. Der Begriff der Klassen mag etwas angestaubt klingen, und selbst viele sogenannte Linke behaupten teilweise, so etwas gäbe es nicht mehr. Aber nennen wir es wie wir wollen, Fakt ist, dass es viele Menschen gibt, die fast nichts haben, außer ihrem Körper und ihrer Zeit, und um leben zu können müssen sie auch diese in den Dienst anderer stellen. Und es gibt Menschen, die davon profitieren, und durch dieses Verhältnis immer mehr anhäufen.

Dabei ist die Grenze nicht immer einfach zu ziehen.

Wirklich klar wird es erst ab einem gewissen Punkt. Wenn es sich ein Mensch leisten kann, mit ihrem oder seinem Eigentum nicht nur Dinge oder Leistungen zum eigenen Gebrauch zu kaufen – mögen sie noch so luxuriös erscheinen – womit immer auch zu einem gewissen Grad neben Material auch die Arbeitszeit anderer Menschen angeeignet wird – ist das eine Sache. Eine andere wird es dann, wenn ein Mensch in einem solchen Ausmaß Eigentum zur Verfügung hat, dass er oder sie damit Jahre, Jahrzehnte oder die ganze Lebenszeit vieler Menschen kaufen kann. An diesem Punkt wird die Absurdität offensichtlich, denn wie soll ein Mensch jemals so viel "geleistet" haben, um so viel Geld zu "verdienen"?

Und wer baut denn die Häuser? Sogenannte "Bauherren oder -herrinen"? Diejenigen, die eine Baufirma beauftragen? Denen der Boden gehört? Sicher nicht. Die wirkliche Arbeit machen eigentlich immer Leute, denen selbst fast nichts gehört. Sie können froh sein, wenn der Lohn reicht, um sich selbst, zumindest für die Zeit während sie arbeiten, eine kleine Wohnung zu mieten. Nicht selten sind die Löhne so schlecht, dass es dafür nicht wirklich reicht, so wohnen sie zum Beispiel in Containern, oder still und unbemerkt (und "illegal") in leerstehenden Häusern, aus denen sie jederzeit hinausgeworfen werden können. Sie können in ihrem Leben zehn, zwanzig, hundert Häuser bauen, und ihnen wird wahrscheinlich nie auch nur ihre eigene Wohnung gehören.

Sie könnten auch nicht einfach irgendwo ihr eigenes Haus bauen, sagen wir mal aus Materialen, die beim Bau anderer Häuser als Reste abfallen, auf einem Stück Land, das irgendwo ungenutzt leer steht. Sie müssten es erst kaufen, denn fast jedes Fleckchen Erde gehört schon irgendwem. Und dabei gehört nicht einfach jeder und jedem etwas, wo er oder sie auch leben kann, nein, das meiste Land ist aufgeteilt unter wenigen, die darüber verfügen können. Und jene, die arbeiten müssen, schaffen es oft kaum, sich auch nur ein Fleckchen davon zu kaufen.

Am Eigentum an Grund und Boden wird die Ungerechtigkeit der Verhältnisse unter denen wir leben besonders offensichtlich. Wieso sollte es Menschen geben, denen ganze Landstriche gehören, und die von der Arbeit anderer nicht nur leben können, sondern immer noch reicher werden, während andere Menschen, die ihr ganzes Leben lang arbeiten, sich nicht einmal ein Stück Boden für eine Hütte und ein kleines Gemüsebeet leisten können?

Es ist ein Märchen, dass es ja eigentlich jeder und jedem möglich wäre, von der nicht-habenden zur habenden Seite zu wechseln, durch Fleiß, Zielstrebigkeit und Sparsamkeit. Das Eigentum ist derart konzentriert, so viel ist in den Händen weniger und so wenig in den Händen vieler, dass es zur zentralen Grundlage gesellschaftlicher Macht geworden ist. Und wer einmal Macht hat, mag sie nicht gerne abgeben oder teilen. Natürlich gab es immer wieder Zeiten, wo die Machtfrage gestellt wurde, wo sich jene die nichts oder fast nichts haben, zusammengeschlossen haben, um

die Verhältnisse grundlegend zu ändern oder zumindest die Verteilung etwas weniger ungerecht zu gestalten. Immer wenn das drohte Erfolg zu haben, ja oft auch wenn nur der kleinste Ansatz von Widerstand aufkam, war die Seite der Habenden zur brutaler Gewalt und auch zu Mord bereit.

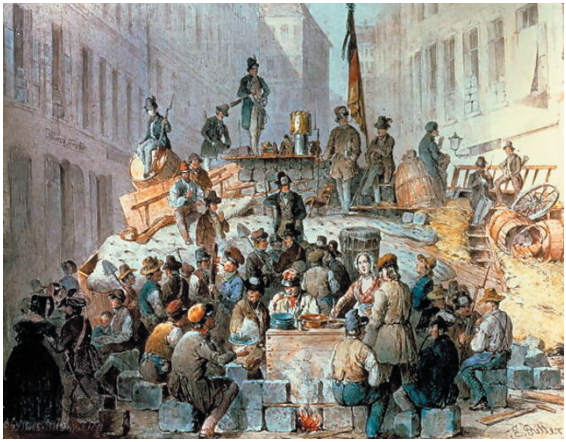
Heute gibt es den Staat als gemeinsame Agentur zur Ausübung dieser Gewalt. Der Staat diszipliniert, sperrt ein, oder lässt schießen. Der Staat ist eine praktische Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Macht, denn seine Gewalt ist anonymisiert. Einzelne Eigentümer und Eigentümerinnen müssen sich nicht mehr die Hände schmutzig machen, eine eigene Privatarmee aufbauen zur Verteidigung ihrer Interessen, sie setzen sich nicht so sehr der Gefahr der persönlichen Rache aus, und der Staat kümmert sich auch noch darum, im Zweifelsfall Almosen auszuteilen, damit die soziale Lage nicht gänzlich explodiert.

Aber auch der moderne, "demokratische" Staat sichert eine Klassenherrschaft. Und diese lässt sich herausfordern, wenn die Eigentumsverhältnisse nicht mehr akzeptiert werden. Dabei ist das Eigentum an Infrastruktur, Maschinen, Fabriken und heutzutage immer mehr auch an Informationen ein wichtiger Teil, denn damit ergibt sich eine Situation, in der die einen den Profit abschöpfen können während andere arbeiten. Um dieses Verhältnis herauszufordern gibt es zum Beispiel Streik, Sabotage, Aneignung und Kollektivierung, nicht nur in den goldenen Zeiten der Arbeiter_innenbewegung, sondern auch heute. Auch wenn Jahrzehnte der Sozialpartnerschaft uns fast vergessen ließen, dass wir durchaus die Möglichkeit haben, diese Verhältnisse praktisch in Frage zu stellen, ja sogar umzuwerfen.

Und diese leidige Miete, die uns gleich am Anfang des Monats einen großen Teil vom mageren Lohn wieder abzieht? Es scheint noch schwerer, auf diesem Gebiet Widerstand aufzubauen, denn der mögliche Verlust der Wohnung ist viel schlimmer als der Verlust des Arbeitsplatzes. Schaut mensch in die Geschichte und in andere Länder, dann gibt es doch einiges, was inspiriert. Oft entzünden sich Bewegungen an dem gemeinsamen Anliegen, Zwangsräumungen zu verhindern. Gleichzeitig wird versucht, leerstehende Flächen und Häuser zu besetzen und zu kollektivieren. Und als mittelfristige Perspektive macht es Sinn, die Idee des Mietstreiks wieder zu beleben. Es gibt in der Geschichte, auch in der jüngeren, einige Beispiele, bei denen zumindest starke Mietsenkungen und Verbessungen an der Wohnsituation errungen wurden. Wenn bei einem Mietstreik ganze Häuser, Straßenzüge, Stadtteile mitmachen, dann ist die Macht der Mieter_innen kaum zu brechen. Und durch die Verteidigung unserer Lebensräume finden wir zueinander und lernen, uns wieder zu vertrauen, zu teilen und die Erfüllung unserer Bedürfnisse gemeinsam und solidarisch zu organisieren.

Wenn wir wirklich wollen, dann können wir uns nicht nur die Häuser zurückholen, in denen wir leben, sondern auch das Leben selbst.

Die große Barrikade am Praterstern



Ende Oktober 1848, vor 165 Jahren: Hinter einer mehrere Meter hohen Barrikade aus Pflastersteinen, Holz und allem, was zu finden war, versammeln sich in der Praterstraße etwa 6.000 Studenten, Arbeiter_innen und Arbeitslose. Ihnen steht ein Heer von mehreren zehntausend gut bewaffneten Soldaten, schwere Artillerie, Kavallerie, Infanterie unter dem Kommando des Fürsten Windischgrätz gegenüber.

Der Auftrag des Kommandanten lautet, Wien mit allen Mitteln von den Revolutionär_innen zu säubern, die seit dem März das Sagen in der Stadt haben. Ausdrücklich genehmigt ist es den Soldaten, alles niederzumachen, was sich ihnen in den Weg stellt oder in den Weg gerät, und davon machen sie ausgiebig Gebrauch. Am 31. Oktober 1848 ist die Revolution in Wien Geschichte.

Schlussendlich trifft sich alles an dieser Kreuzung aus vier Alleen – der Heinestraße/Prater Hauptallee, der Praterstraße/Lasallestraße, der Nordbahnstraße/Franzensbrückengasse sowie der Ausstellungsstraße.

Im 18. Jahrhundert macht Josef II. einen Teil des Praters (Wurstelprater) und den Augarten für alle zugänglich. Der Kaiser versucht durch Reformen, einer Revolution gegen die Alleinherrschaft der Könige in Europa (Absolutismus) zuvor zu kommen. Aber bereits sein Sohn Franz wird diese Reformen zu einem Gutteil zurücknehmen. Dazwischen liegt die französische Revolution, die die Herrschaft des Adels in Frankreich beendet.

1809 lagern französische Truppen im Prater, fünf Jahre später – Napoleon ist geschlagen – geleitet Kaiser Franz I. seine beiden Kollegen, Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. durch die Praterstraße zum Wiener Kongress, auf dem die Wiederaufteilung Europas unter die Könige und Fürsten beschlossen wird.

1839 trifft der technische Fortschritt ein, in Form des Nordbahnhofs, Ausgangspunkt der ersten Eisenbahn im Land. Vor allem der Gütertransport (Kohle aus Nordmähren) entpuppt sich als wahre Goldgrube für die Investoren.

Revolution

1848 schließlich trifft die Revolution selbst in Wien ein. Die Stadt hat in den

letzten 50 Jahren eine Verdoppelung ihrer Einwohner_innen erlebt (von 200.000 im Jahr 1795 auf 450.000 im Revolutionsjahr), bloß Häuser sind gerade an die 1.000 gebaut worden. Die Mieten sind unerschwinglich und entsprechend groß ist der Hass auf die Hausbesitzer.

Unzufrieden mit den Zuständen sind die Handwerksgesellen, die im aufkommenden Kapitalismus immer weniger Arbeit finden. Zu groß ist die neu entstehende Konkurrenz der fabrikmäßigen Produktion.

Unzufrieden sind die Fabrikarbeiter_innen, deren Arbeitsrhythmus die Maschinen vorgeben und die von den Hungerjahren 1846/47 besonders stark betroffen sind. Sie leben in den Vorstädten in elenden Löchern, für die sie völlig überhöhte Mietzinse bezahlen müssen.

Unzufrieden sind die Studenten, viele von ihnen bettelarm, von einem katholischen Geistlichen so charakterisiert: „Es übersteigt diese Armut jeden Begriff … Nicht wenige Studenten gab es, welche wochenlang keine warme Speise genossen, deren einzige Nahrung Brot und Wasser war … Von anderen Entbehrungen in Kleidung, Wäsche usw. nicht zu sprechen, erwähnen wir die Wohnung vieler armer Studenten: finstere, feuchte, im Winter nicht geheizte Kellerlöcher waren ihre Behausungen.“

Der Absolutismus versucht sich mit aller Kraft an der Macht zu halten, die Zensur reicht von den Zeitungen über die populären Volksbühnen bis zu den Grabinschriften, aber der technische Fortschritt ist längst zur Wirklichkeit geworden. Kapitalismus und Absolutismus vertragen sich nicht, und so reicht die Unzufriedenheit bis hinein in großbürgerliche Kreise.

Während am 13. März 1848 im Landhaus in der Herrengasse die Ständevertreter eine armselige Vereinbarung zwischen dem absolutistischen Regime und dem Bürgertum erbitten, fordern die Studenten Presse- und Redefreiheit, Lehr- und Glaubensfreiheit und Demokratie. Und als sie auf ihre Forderungen keine Antwort erhalten, marschieren sie zum Landhaus.

Bereits am Vorabend haben die Studenten Kontakt zu Handwerker_innen und Arbeiter_innen in der Vorstadt aufgenommen, sind zu den Weinbäuer_innen gegangen, und sind auf Zuspruch gestoßen. Die Bäuer_innen stellen sofort die Robotleistungen (Zwangsarbeit für den Adel) ein, Gruppen von Bäuer_innen machen sich auf den Weg nach Wien. In den Vorstädten legen die Arbeiter_innen in allen Fabriken am 13. März 1848 die Arbeit nieder, bewaffnen sich mit Eisenstangen und Werkzeugen und marschieren ebenfalls in die Stadt. Handwerker_innen und Meister schließen sich dem Zug an.

Die Regierung bringt Militär gegen die Aufständischen in Stellung, lässt in die Menge schießen. Im Nu werden in der ganzen Stadt Barrikaden gebaut, die Bürger bewaffnen sich, Arbeiter_innen und Studenten beginnen Seite an Seite den Straßenkampf.

In der Nacht, die Kämpfe gehen weiter, das Militär droht die Oberhand zu

gewinnen, gehen die Fabriken rund um Wien in Flammen auf. Tausende Arbeiter_innen, die es nicht geschafft haben, in die Innenstadt vorzudringen, setzen die Fabriken in Brand, und gelegentlich auch die Wohnhäuser verhasster Fabrikanten ebenso wie die Mauthäuser, Relikte aus dem Mittelalter. Das Regime kapituliert, Kanzler Metternich, der eben noch von einem „Krawall“ gesprochen hat, muss angesichts der Revolution zurücktreten.

Gegensätzliche Interessen

Bereits in dieser ersten Revolutionsnacht zeigt sich, dass die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten weit auseinanderklaffen. Die „Revolution der Bürger“, die sich die Freiheit des Kapitals erwarten, trifft auf die „Revolution der Arbeiter_innen“, die sich von der Knechtschaft dieses Kapitals befreien möchten. Die Bürger, die gerade noch gegen die Soldaten des Kaisers geschossen haben, rufen bereits diese Soldaten gegen die Arbeiter_innen zu Hilfe.

Diese unterschiedlichen Interessen bestimmen den weiteren Verlauf der Wiener Revolution. Während die Bürger sich die Nationalgarde als bewaffnete Formation schaffen, organisieren die Studenten die Akademische Legion. Die Arbeiter_innen werden sich ebenfalls noch als bewaffnete Kraft formieren. Der „Hof“ unternimmt alles, um die Spaltung zwischen diesen Fraktionen zu vertiefen. Während die Zensur schrittweise aufgehoben wird, schlägt der Kaiser eine „Verfassung“ vor, die zwar jeglicher Demokratie Hohn spricht, von den Bürgern angesichts der bewaffneten Arbeiter_innen und Studenten aber als „kleineres Übel“ akzeptiert wird. Die Großgrundbesitzer treffen derweil private Abmachungen mit den Bäuer_innen, um einer Erhebung am Land zuvor zu kommen.

Die kaiserliche Pseudo-Verfassung fällt bereits einen Tag nach ihrer Verlautbarung dem nächsten revolutionären Schwung zum Opfer. Und als der Kriegsminister Latour Truppen in Wien zusammenziehen lässt, antworten die Nationalgarde und die Akademische Legion mit einer gemeinsamen Aktion, indem sie ein „Politisches Zentralkomitee“ bilden, das – unterstützt von Handwerkern, Kleinbürgern und Arbeiter_innen – den Kaiser zwingt, nach Innsbruck zu flüchten.

Was aber die meisten Wiener_innen bei diesem Hin und Her vergessen, das sind die Revolutionen, die zeitgleich in der gesamten Habsburger-Monarchie stattfinden, in Budapest, in Prag, in Italien. Diese Revolutionen richten sich in erster Linie gegen die Unterdrückung sämtlicher Schichten durch die Wiener Zentrale des Reiches. Zwei demokratische Journalisten, Leopold Häfner und Josef Tuvora, begreifen, dass die Revolution das demokratische Miteinander aller Völker des Habsburgerreiches braucht, und rufen zu einem Völkerkongreß in Wien auf. Ihr Aufruf geht unter und die beiden landen im Knast.

Als nun die Regierung versucht, als nächstes die Akademische Legion aufzulösen, stürmen Arbeiter_innen und Studenten gemeinsam die Wohnung

des Innenministers und verlangen die sofortige Freilassung der beiden Journalisten. Aus den Vorstädten strömen die Arbeiter_innen in die Stadt, auf den Bahnhöfen werden die Schienen herausgerissen, um die Heranziehung von Truppen zu verhindern, und wiederum wird Wien zur Stadt der Barrikaden.

Inzwischen hat sich eine bewaffnete Formation der Arbeiter_innen gebildet. Mehr als 20.000 Arbeitslose, vor allem Frauen, sind in diesem Jahr zu – völlig sinnlosen – Erdarbeiten herangezogen worden, um diese Masse an Unzufriedenen unter Kontrolle zu bekommen. Aber das Gegenteil ist der Fall, die Erdarbeiter_innen entwickeln sich zu einer straff organisierten Kraft, die im Straßenkampf den in Wien verbliebenen Truppen überlegen ist.

Ein aus Bürgern, Nationalgarde und Akademischer Legion gebildeter „Sicherheitsausschuss“ tritt an die Stelle des Zentralkomitees. Die Monarchie ist geschwächt, ihre Truppen verzetteln sich dabei, die Revolutionen in Italien, Ungarn und Böhmen niederzuschlagen. Bloß der Sicherheitsausschuss schafft es nicht, die Monarchie tatsächlich zu stürzen, er verfängt sich in kleinlichen Tagesfragen.

Teile und herrsche

Das gibt den Monarchisten die Zeit, die Aufstände in den habsburgischen Provinzen niederzuschlagen. Im Juni wird das demokratische Prag mit Kanonen beschossen, ohne dass das demokratische Wien (oder Budapest) ihm zu Hilfe eilt. Im Juli besiegen kaiserliche Truppen die italienische Revolution. Im September marschieren Truppen gegen das revolutionäre Ungarn. Wiederum verhalten sich die Wiener passiv, diesmal geben die slawischen Abgeordneten den Ausschlag – zu lange sind sie von den Ungarn unterdrückt worden.

Bereits im August löst sich der Wiener Sicherheitsausschuss selbst auf. Nachdem den Erdarbeiterinnen der Lohn gekürzt worden ist (für die Männer bleibt der ohnehin schon höhere Lohn in Kraft), organisieren die Frauen am 21. September die erste Frauendemonstration in Wien. Zwei Tage später ziehen sie, gemeinsam mit männlichen Arbeitskollegen, von den Praterauen gegen die Innere Stadt. Am Praterstern treten ihnen bewaffnete Stadtgarden entgegen und schießen in die unbewaffnete Menge. Während Frauen, Kinder und Männer tot liegen bleiben, ziehen die Schlächter im Triumphzug über die Praterstraße. Das Bündnis zwischen Bürgern, Studenten und Arbeiter_innen ist damit beendet, und die ersteren laufen in das kaiserliche Lager über.

Als Anfang Oktober Truppen aus Wien nach Ungarn beordert werden, um Budapest endgültig für den Kaiser zurück zu erobern, weigern sie sich, die Stadt zu verlassen. Sie verbünden sich mit den Studenten und Arbeiter_innen, und die Vorstadtgarden ziehen bewaffnet in die Innere Stadt. An der Taborbrücke werden die kaiserlichen Truppen in die Flucht geschlagen, und am Stephansplatz werden die bürgerlichen Truppen, die das Massaker am

Praterstern angerichtet haben, angegriffen und aufgelöst.

Jetzt stürmen die Wiener_innen das Zeughaus und erbeuten weitere Waffen. Wiederum flieht der Kaiser aus Wien, diesmal nach Olmütz, wo er ein „Manifest der Völker Österreichs zum Kreuzzug gegen die Revolution“ unterschreibt. Danach tritt er ab. Sein Nachfolger, Franz Josef, brennt bereits darauf, den Thron zu erklimmen.

Konterrevolution

Den Weg dazu soll ihm die Armee unter Fürst Windischgrätz ebnen. Dieser zieht – nach unterschiedlichen Angaben – zwischen 60.000 und 100.000 Soldaten vor Wien zusammen und fordert am 23. Oktober die bedingungslose Kapitulation der Stadt.

In Wien wird inzwischen die allgemeine Mobilmachung angeordnet, Agitatoren werden auf‘s Land geschickt, um die Bäuer_innen zu Hilfe zu rufen, erfolglos. Aus Deutschland trifft zwar eine Delegation von Abgeordneten des Frankfurter Parlaments ein, aber keine militärische Verstärkung. Die ungarische „Freiheitsarmee“, die den Wiener_innen zu Hilfe kommt, ist zu spät dran. Sie wird bei Schwechat von kaiserlichen Truppen zurückgeschlagen.

So bleiben keine 20.000 bewaffneten Revolutionär_innen zur Verteidigung von Wien übrig, darunter 10.000 Erdarbeiter_innen.

Die entscheidende Barrikade am Praterstern wird drei Tage lang verteidigt, trotz Artilleriebeschuss und zahlenmäßiger Unterlegenheit der Revolutionär_innen. Dann gelingt den Angreifern der Durchbruch. Nun gehen die Verteidiger_innen zum Straßenkampf über, verteidigen jedes Haus. Selbst als der Gemeinderat und alle Sprecher des Bürgertums die Kapitulation fordern, setzen die Arbeiter_innen und Studenten ihren Widerstand fort.

Nun lässt Windischgrätz die Stadt selbst mit Kanonen beschießen. Erst am 31. Oktober gelingt es den kaiserlichen Truppen, Wien zu erobern. Auf die Niederlage der Revolution folgen standrechtliche Erschießungen, die bis Ende November anhalten. Am 2. Dezember schließlich lasst sich Franz Josef zum Kaiser von Österreich krönen. Die Konterrevolution hatte gesiegt.

Ist eine Regierungsbeteiligung von Chrysi Avgi in Griechenland möglich?

Letzte Woche hat der führende Moderator von einem der größten privaten griechischen Fernsehsender die Möglichkeit einer politischen Allianz zwischen der regierenden konservativen Partei 'Nea Demokratia' und der Neonazipartei 'Chrysi Avgi' erwähnt.

Babis Papadimitriou, Leiter des regierungstreuen Fernsehsenders 'Skai TV', stellte die Frage: "Warum sollte 'Nea Demokratia' mit einer ernsthaften 'Chrysi Avgi' (Goldene Morgenröte) nicht zusammenarbeiten?". Sein Argument war, dass Chrysi Avgi, Griechenlands drittbeliebteste Partei, jetzt einen großen Anteil der Wähler_innen repräsentieren und dass bereits eine ähnliche Allianz zwischen mitte-rechts und weit rechten Parteien in Norwegen besteht. ‚Chrysi Avgi' liegt derzeit in Meinungsumfragen bei 13 – 15%, die PASOK nur noch bei 7 – 8 %.

Bisher hat sich Premierminister Antonis Samaras als ‚Bollwerk gegen die Bedrohung des steigenden Extremismus' präsentiert. Die Gewalt die von 'Chrysi Avgi' angewendet und verherrlicht wird, wird somit mit angeblich ähnlichen Tendenzen bei dem linken Bündnis 'SYRIZA' und der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gleichgesetzt. In einer solchen Gleichung werden brutale Angriffe auf Migrant_innen, Nazigrüße und zuletzt ein Mord, mit Streiks oder Protesten gleichgesetzt. In einer solchen Welt können 'Nea Demokratia' und 'PASOK' sich als vernünftige Alternative zu einem solchen politischen Wahnsinn präsentieren – somit als ein stabilisierender Einfluss auf Politik und Gesellschaft in schwierigen Zeiten.

Doch es sind 'Chrysi Avgi'-Abgeordnete, die sich wegen einer Reihe von Straftaten vor Gericht verantworten müssen, die von 'tätlicher Angriff' bis zu 'Besitz von illegalen Waffen' und 'Mord' reicht. (Auch wenn es bis jetzt in keinem der Verfahren zu einer Verurteilung kam.) Es sind ihre Unterstützer_innen, die immer wieder einer endlosen Liste von Angriffen gegen Immigrant_innen und zunehmend auch inneren politischen Gegnern beschuldigt werden.

Als ob es galt dies zu beweisen, griffen 50 'Chrysi Avgi' Anhänger nur einen Tag nach Babis Papadimitrious Aussage, griechische Kommunist_innen, die gerade am Plakatieren waren, mit Eisenstangen und Baseballschlägern an. Neun Kommunisten landeten teils schwer verletzt im Krankenhaus.

Und es gibt weniger Unterschiede

zwischen ‘Chrysi Avgi’ und ‘Nea Demokratia’, als die beiden Parteien öffentlich zugeben würden. Der Rechtsruck, den Antonis Samaras seiner Partei gebracht hatte, hat den Aufstieg von rechtsextremen Unterstützern zur Macht ermöglicht. Viele von ihnen flüchteten aus der ultra-nationalistischen Partei ‘LAOS’, die quasi in den letzten Wahlen ausgelöscht wurde, zur ‘Nea Demokratia’. In Bezug auf Einwanderung und Migration, ist die Politik der ‘Nea Demokratia’ kaum mehr, als eine polierte Version des ungeschminkten Rassismus von ‘Chrysi Avgi’.

Trotz der politischen Risiken, die beide Parteien in der Bildung einer Allianz eingehen würden, hat zumindest ‘Nea Demokrata’ womöglich keine andere Wahl. Die Partei kann nicht alleine regieren, da ihr Anteil an Stimmen von über 40% auf 26 – 29% fiel, außerdem verblasst ihr aktueller Koalitionspartner ‘PASOK’ langsam. Eine aktuelle Umfrage ergab, dass in einem der größten Wahlbezirke Griechenlands, in Athen, die Unterstützung für PASOK unter jüngeren Wähler_innen 0% beträgt.

Samaras positionierte sich einst, also noch in der Opposition, als beste Hoffnung Griechenlands, um die Sparmaßnahmen zu bekämpfen. Als er dann gewählt wurde, wurde er selbst ihr treuester Verteidiger. Eine weitere Kehrtwende in einer langen Geschichte solcher politischen Bewegungen würde wenige Beobachter_innen überraschen und angesichts Samaras‘ eigener Geschichte als semi-rekonstruierter ultra-Nationalist würde ein Bündnis mit ‘Chrysi Avgi’ weit mehr Sinn ergeben, als mit seinem politischen Erzrivalen ‘PASOK’.

‘Chrysi Avgi’ wiederum nutzten die Wut gegen die Sparmaßnahmen, und propagieren sich selbst als nationale Helden, die gegen eine anti-griechische, international ausgerichtete Elite, die einen Verrat an der Heimat plant um an der Macht zu bleiben, ankämpfen. Nun plötzlich mit ‘Nea Demokratia’ zu kooperieren würde das Risiko beinhalten, im Mülleimer der Geschichte zu landen, und das gleiche Schicksal zu erleiden wie ‘LAOS’, die den gleichen Schwenk machten und dafür den Preis an den Wahlurnen zahlten.

Auf der anderen Seite hat der Lockruf des Zugangs zum Staat selbst und damit zu aller Macht und Privilegien, die mit ihm einhergehen, bereits viele Köpfe in der turbulenten politischen Vergangenheit Griechenlands gewendet. Mit der Position in der Regierung kommt die Fähigkeit, Anhänger_innen mit öffentlichen Aufträgen und Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zu belohnen; ein potentes Rekrutierungs-Instrument in schwierigen Zeiten. Noch wichtiger jedoch ist die Tatsache, dass eine Rolle in der Regierung Legitimität vor allem in den Augen der griechischen oligarchischen Mainstream-Medien mit sich bringt.

Konfrontiert mit der Aussicht auf eine künftige Regierung unter der Leitung von ‘SYRIZA’ wäre das wirtschaftliche und politische Establishment Griechenlands mehr als bereit, seine Nase

hoch zu halten und eine Neonazipartei zu umarmen, anstatt eine Streitigkeit mit den Gläubigern Griechenlands über die Bedingungen des Rettungspakets einzugehen, und der damit verbundenen Gefahr, das Verlassen der Eurozone, in die Augen zu sehen.

Es bleibt abzuwarten, wie die Regierungsparteien auf den feigen Mord an dem Antifa-Rapper 'KillahP' reagieren. Ein Verbot von 'Chrysi Avgi' wird nun vermehrt gefordert und diskutiert. Was jedoch Tatsache bleibt, ist, dass der aufkeimende Faschismus nicht im Parlament, sondern nur auf der Straße und im täglichen Leben effektiv bekämpft werden kann.

'KillahP' – Rest in Riot

Wo sind all die Buskers hin?

[busker = Straßenkünstler_in]

Am Wochenende vom 13.-15. September fand zum nun dritten Mal das Wiener Buskers Festival am Karlsplatz statt.

Trotz mittelmäßigem Wetter drei Tage voller Musik, Jonglage, Clownerie, Akrobatik und Feuer, voller Ausgelassenheit und Staunen, Lebendigkeit und Faszination.

Drei Tage förderte der Bunkers Verein Wien gemeinsam mit der Ottakringer Brauerei, Wien Kultur und der Raiffeisenbank Straßenkunst aus ganz Europa. Doch wer darf eigentlich mitmischen bei dem Spektakel? Was passiert die restlichen 362 Tage des Jahres rund um den Karlsplatzbrunnen? Und wo sind all die Buskers hin, die noch vor 2 – 3 Jahren die Kärntnerstraße, den Stadtpark und den Praterstern belebt haben?

Die Straßenkunstszene in Wien ist nahezu tot. Erreicht wurde dieser Missstand durch immer stärker werdende Reglementierung und Bürokratisierung, die durch eine Verordnung im Juni 2011 ihren bisherigen Höhepunkt erreichten.

An fast allen "rentablen" Plätzen in Wien sind Musizieren, Schauspielen, Malen und Zeichnen entweder ausnahmslos verboten oder nur mit einer sogenannten Platzkarte erlaubt, deren Erwerb je nach persönlichem Background von schwierig und anstrengend bis unmöglich ist.

Eine Platzkarte können ausschließlich Menschen mit gültigem Lichtbildausweis bei der MA 36 beantragen und in der letzten Woche jeden Monats gegen 6,54 Euro abholen.

Alle jene die zu dieser Zeit nicht in der Stadt sind, die Amtsöffnungszeiten verpassen, oder die nicht durch Zufall die richtigen Papiere haben, sind damit schon ausgeschieden.

Die Sesshaften, gut Organisierten, und Privilegierten bekommen nun ein Kärtchen, auf dem eine Hand voll Termine für das gesamte kommende Monat aufgelistet sind, mit Adresse, Uhrzeit und Datum.

Nur zu genau diesen Zeiten an genau diesen Plätzen dürfen sie spielen. Wenn es regnet – Pech gehabt. Wer zu früh kommt, zu spät geht oder zwei Häuser zu weit links sitzt, muss mit Verwaltungsstrafen um die 100 Euro rechnen.

Doch auch wer alles „richtig“ macht, kann nie in Ruhe spielen, denn alle paar Minuten müssen Exekutivbeamte die Show unterbrechen, um zu überprüfen, ob eine gültige Platzkarte vorliegt. Nicht gerade förderlich für Spannungsaufbau und Publikumsinteresse.

Von Straßenkunst leben wird nahezu unmöglich.

Was hat die Stadt von alledem?

Rentieren sich die Verwaltungsstrafen, die die Buskers, welche mit den Verordnungen noch nicht vertraut sind oder sie ignorieren, oft sowieso nicht zahlen können? Oder geht es um die paar Cent, die die Touristen in die Hüte werfen würden und nun im nächsten Caféhaus ausgeben, wo sie versteuert werden?

Kann es wirklich sein, dass es darum geht, jegliche alternative Lebensform im Keim zu ersticken?

Ist es der Hass auf die Querdenker_innen, auf die Reisenden und Tagedieb_innen, der die Beamt_innen in ihren Büros dazu treibt, solche Verordnungen zu erlassen?

Schön, dass es zumindest noch das Buskers Festival gibt, bei dem Buskers, die zeitgerecht die richtigen Formulare ordnungsgemäß ausgefüllt haben und „gut“ genug sind, etwas Hutgeld verdienen können. Schön, dass sie für ein oder zwei Nächte einen Schlafplatz in einem 2 – 3 Bettzimmer zur Verfügung gestellt, und mit den richtigen Rechnungen und Papieren sogar einen Teil der Fahrtkosten zurückerstattet bekommen.

Wenn dann aber von diesem selbsternannten Festival der Vielfalt und Toleranz nichtregistrierte Buskers und Menschen, die für unkommerzielle prekäre Projekte Bier für freie Spende ausschenken, vertrieben werden, dann frage ich mich doch, ob die Veranstalter_innen begriffen haben, worum es bei Straßenkunst eigentlich geht und woher sie kommt. Nämlich von der Straße.

Und wenn mir auf der Homepage des Vereins Webtransparente mit der Aufschrift “Wien ist anders” entgegen leuchten, kann ich es nicht vermeiden, dass etwas Wut in mir aufkeimt.

Ja, Wien ist anders. Wien ist trostlos, bürokratisch grau und TOT.

Schwarze Sulm verteidigen

Am 10. und 11.9.2013 gab es vor dem Umweltministerium in Wien (Stubenring 1) eine Kundgebung gegen die Verbauung der Schwarzen Sulm. Hier der Text des dort verteilten Flugblatts:

Monate lang hing die Verbauung der Schwarzen Sulm und die damit verbundene Zerstörung eines der letzten naturbelassenen Fließgewässer Österreichs in der Schwebe, doch jetzt erließ das Land Steiermark einen Bescheid, der den Kraftwerksbau sowie die Privatisierung und Vermarktung großer Teile des Wassers legitimiert.

Die Schwarze Sulm in der Südweststeiermark ist eines der letzten unverbauten Fließgewässer in Österreich. Bereits seit 15 Jahren versuchen die Landeigentümer Peter Masser und Alfred Liechtenstein, dort den Bau eines Wasserkraftwerkes durchzudrücken. Dazu soll auf rund 12 Kilometern bis zu 65% des Wassers in eine Rohrleitung neben dem Fluss abgeleitet werden. Die damit erzeugbare Strommenge ist so gering, dass sich das Projekt durch die Stromerzeugung erst nach vielen Jahrzehnten rentieren würde. Doch Masser geht es nicht nur um den Strom – mit der Genehmigung des Kraftwerkbaus bekommt er auch die Wassernutzungsrechte zugesprochen, und offensichtlich will er auch das exzellente Trinkwasser verkaufen.

Für den Fluss, die Tier- und Pflanzenwelt und den darum liegenden Wald hätte das Projekt fatale Folgen. Von Beginn an versuchen engagierte Menschen vor allem aus der lokalen Bevölkerung, den Bau des Kraftwerks zu verhindern. In den letzten Monaten sin die ersten Baumaschinen gerollt. Seitdem hat der Widerstand eine neue Stufe erreicht, nach und nach wurden drei Protest-Camps errichtet.

Die Eigentumsverhältnisse entlang des Flusses sind gemischt, ein großer Teil gehört bereits Masser und Liechtenstein und Leuten, die sie auf ihre Seite ziehen konnten. Ein Teil der anderen Grundstücke gehört Leuten, die das Kraftwerk verhindern wollen.

Aktueller Stand:

In den letzten Monaten hat das Projekt in der Schwebe gehangen und das Land Steiermark hatte vom Umweltminister Berlakovich explizit um eine Weisung gebeten. Dieser zögerte so lange, dass das Land nun letzte Woche einen Bescheid erlassen hat, der den Bau des Kraftwerks genehmigt. Nun bleibt als letzte Möglichkeit zur Verhinderung der Baumaßnahmen auf dem rechtlichen Weg nur noch eine Amtsbeschwerde des Umweltministers beim Verwaltungsgerichtshof.

Nimmt er diese nicht wahr, werden all jene, die bereit sind, den kleinen Rest unverbauter, naturbelassener Fließgewässer zu schützen, andere Formen finden, um den Bau zu verhindern und die Schwarze Sulm vor der Zerstörung zu bewahren.

Infos: http://schwarzesulm.org/ + www.facebook.com/RettetdieSchwarzeSulm

Die nächste Kundgebung zur Erhaltung der Schwarzen Sulm findet am 26.9.2013 ab 11 Uhr vor dem Umweltministerium, Stubenring 1, statt.